

**Eidgenössische Volksinitiative:  
"Schluss mit der MwSt-Diskriminierung des Gastgewerbes!"**

**Stellungnahme Adrian Amstutz, Ständerat**

*(Es gilt das gesprochene Wort.)*

Der Erfolg unserer Unterschriftensammlung zeigt auf, dass die von uns bekämpfte Diskriminierung von breiten Kreisen erkannt wurde und abgelehnt wird. Das schafft für den kommenden Abstimmungskampf grosse Zuversicht.

Als Inhaber eines KMU-Betriebes und als Präsident der ASTAG setze ich mich für tiefere und faire Steuern ein – überall und zu Gunsten jeder Branche. Die Steuerbelastung für das Gewerbe ist hoch und wird immer höher. Besonders stossend ist es jedoch, wenn die Steuerlasten innerhalb des Gewerbes auch noch ungleich und damit ungerecht verteilt sind. Obwohl Take-Away-Stände und Restaurants in direkter Konkurrenz zueinander stehen, wirtschaften sie staatlich verordnet unter verschiedenen Bedingungen. Beide Branchen unterliegen nämlich nicht den gleichen Mehrwertsteuersätzen.

Unter anderem durch die höhere Mehrwertsteuerbelastung werden insbesondere einkommensschwächere Personen aus dem Gastgewerbe verdrängt und sind praktisch gehalten, sich "über die Gasse" oder eben mittels Take-Away zu verpflegen. Das ist stossend! Es muss doch z.B. auch einem Chauffeur ohne weiteres möglich sein, sich über Mittag in einem Restaurant an einen Tisch zu setzen und sich für einmal bedienen zu lassen. Heutzutage ist ein Restaurantbesuch aufgrund der veränderten Arbeitsgewohnheiten keine Luxushandlung mehr, sondern entspricht der Befriedigung eines üblichen und alltäglichen Verpflegungsbedürfnisses. Es wäre also höchste Zeit, Vergleichbares auch gleich zu besteuern!

Die Diskriminierung ist dabei das eine, der unselige administrative Aufwand zur Satzabgrenzung bei der Mehrwertsteuer das andere. Die Steuerverwaltung selbst geht davon aus, dass ca. 10% der Arbeitsstellen dazu benötigt werden, um eine möglichst korrekte Abgrenzung zwischen dem Normalsatz und dem reduzierten Satz zu gewährleisten. Soviel Rechtstreue ehrt die Verwaltung, aber Hand aufs Herz: wäre es nicht gescheiter und auch ehrlicher, durch eine sinnvollere und einfachere Gesetzgebung und durch eine Gleichbehandlung insbesondere von Gastgewerbe und Take-Aways derartige aufwändige Abgrenzungsarbeiten gar nicht erst entstehen zu lassen?

Tun wir also etwas für die Vereinfachung des Mehrwertsteuersystems und beseitigen gleichzeitig stossende Diskriminierungen! Ich fordere daher alle Unternehmer auf, sich ebenfalls für tiefere und faire Steuerbelastungen einzusetzen und die Initiative von GastroSuisse auch weiterhin mit voller Kraft zu unterstützen.

Bern, 21. September 2011